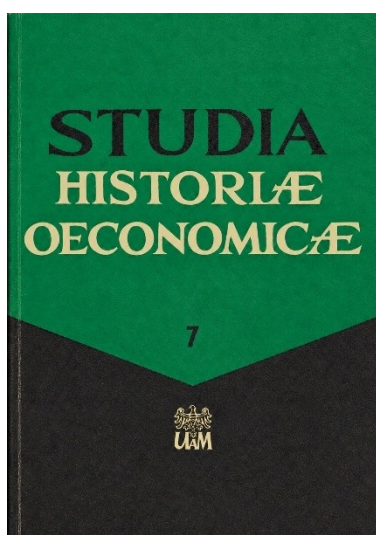




Broda, J. (1973) 'Entwicklungsetappen der Forstwirtschaft in Polen (bis 1939)', *Studia Historiae Oeconomicae*, 7, pp. 23–38.

<https://doi.org/10.14746/sho.1973.07.1.002>

Text of article:

<https://pressto.amu.edu.pl/index.php/sho/article/view/57578>

The text was digitised from an earlier printed edition of *Studia Historiae Oeconomicae*. The digitisation process involved scanning, automated optical character recognition (OCR), and subsequent manual verification of the recognised text. The original source material is held by the Collegium Historicum Library at Adam Mickiewicz University, Poznań.

bch.amu.edu.pl

The task was carried out within the framework of the competition "Social Responsibility of Science II – Support for Scientific Libraries". The project entitled "Digitization of archival editions of scientific journals collected by the Library of the Coll. Historicum of Adam Mickiewicz University". The project was co-financed from state budget funds granted by the Minister of Science within the framework of the Programme Social Responsibility of Science II. Support for Scientific Libraries (agreement no. BIBL/SP/0092/2024/02 of 05.12.2024).

Total value of the project: PLN 247,236.00. Amount of co-financing: PLN 220,836.00.



UNIwersytet
IM. ADAMA MICKIEWICZA
W POZNANIU



Ministerstwo Nauki
i Szkolnictwa Wyższego



Spółeczna
Odpowiedzialność
Nauki II

Józef Broda (Poznań)

ENTWICKLUNGSETAPPEN DER FORSTWIRTSCHAFT IN POLEN (bis 1939)

FEUDALISMUS

In der Geschichte des Forstwesens in Polen unterscheidet man in der Zeit des Feudalismus zwei Etappen: die erste bis um die Mitte des XV. Jh., als noch eine freie Nutzung der Wälder dominierte, und die zweite Etappe — von der Mitte des XV. Jh. bis in die siebziger Jahre des XVIII. Jh. — als die Wälder zum Bestandteil der Vorwerke und zur Versorgungsbasis für den Gutshof, für die Bauern und für den Bedarf des Marktes wurden und man sie demnach aus einem freien Gut zum Wirtschaftsgut umgebildet hatte.

1. Zeit der freien Waldnutzung

Die Zeit in Polen bis zum XV. Jh. ist durch eine primitive und gewöhnlich extensive Nutzung der Waldflächen gekennzeichnet. Die Grenzlandurwälder stellten eine natürliche Befestigung des Landes vor Überfällen von außerhalb dar. Im Inland sind übrigens einige Waldgebiete, die in den Quellen Urwälder genannt werden, lange außerhalb des menschlichen Wirkungsbereiches geblieben, so z.B. in Gebirgen, weiter der Urwald von Sandomierz, Urwälder von Ost-Masowien, der Urwald im Netzegebiet, Urwald um Goleniów an der unteren Oder und viele andere schwer zugängliche Waldmassive. Dagegen entwickelte sich in den Wäldern und Urwäldern in der Nähe der Flüsse und in Gebieten mit größerer Besiedlung die Kolonisation „auf grüner Wurzel“. Der landwirtschaftliche Charakter der frühfeudalen Wirtschaft und eine schwache Entwicklung des Wegenetzes bewirkten, daß bewaldete Gebiete keinen größeren Wert darstellten.

Die Entwicklung der Urwaldbesiedlung trug wesentlich zur Entstehung des frühfeudalen Staatswesens bei. Eine wichtige Rolle spielte hier die Institution der Dienstsiedlungen (*osady służebne*), deren Bewohner zu Dienstleistungen beruflichen Charakters zugunsten der Herrschenden verpflichtet waren. Die Quellen erwähnen u.a. Jäger und Fischer, die Wild und Fische für den Bedarf des Fürsten und seines Hofes lieferten, Biberfänger, die die Bibersiedlungen beaufsichtigten, Zeidler, die Tribute in Honig und Wachs leisteten, Teerbrenner, die Pech brannten, Waldhüter, die den Forst beaufsichtigten usw.

In der Anfangszeit der Herausbildung des feudalen Großgrundbesitzes hatte die Flächenabgrenzung einen noch sehr allgemeinen Charakter. Nament-

lich die Urwaldzuteilungen seitens der Herrschenden erwähnten gewöhnlich nur den Namen des Waldes und seine annähernde Fläche, die mit Hilfe von sichtbaren topographischen Einzelheiten bestimmt wurde. Doch bereits seit der Mitte des XII. Jh. beobachtet man im Zusammenhang mit der Entwicklung der Landwirtschaft und der fortschreitenden Organisation des Großbesitzes Bestrebungen zur Regelung der Eigentumsverhältnisse durch die Festlegung eines geschlossenen Territoriums für das Dorf und die Absteckung von Grenzlinien. Dieser Prozeß wurde stärker, als sich das deutsche Siedlungsrecht zu verbreiten begann.

Die Entwicklung der Warenwirtschaft und des städtischen Gewerbes verursachte einen steigenden Bedarf nach verschiedenen Waldprodukten. Die Zollltarife von Pommern des XIII. Jh. erwähnen den Export von beträchtlichen Holz-, Pech- und Teermengen und Asche auf dem Seeweg. Die in den Quellen dieser Zeit angetroffenen Ortsnamen Węielniki (z.B. in den Gütern des Bistums Gniezno und in der Nähe von Gdańsk) weisen auf Holzkohleproduktion.

Daneben entstanden in den Wäldern Produktionsbetriebe, die zwar nicht unmittelbar mit der Exploitation der Waldgüter verbunden waren, jedoch auf Holzrohstoffen als Energiequelle basierten. Zu dieser Kategorie von Betrieben gehörten die zahlreich in den Wäldern zerstreuten Eisenschmieden, Teerbrennereien, Glashütten, später Papiermühlen usw. Eine andere Gruppe stellten diejenigen Betriebe dar, welche, z.B. wie die Mühlen und Walkmühlen die Wasserkraft der Waldbäche ausnutzten.

Der Prozeß der Zusammenschrumpfung der Waldgebiete im mittelalterlichen Polen verlief ungleichmäßig. Im Zusammenhang mit beträchtlichen Veränderungen in der Agrartechnik (Dreifelderwirtschaft) und mit der Kolonisation, die nach dem sogenannten deutschen Recht durchgeführt wurde, begann in der zweiten Hälfte des XII. Jh. eine Beschleunigung der Entwaldung.

Die Verminderung der Waldfläche und der wachsende Wert von Waldprodukten verursachten eine immer vollere Ausbildung des feudalen Waldbesitzes. Dieses drückte sich einerseits in der Einschränkung der Waldnutzung durch andere Personen aus, andererseits im Anstieg des Schutzes der Besitzrechte der Feudalherren, was übrigens auch in der damaligen polnischen Gesetzgebung seine Widerspiegelung fand.

2. Entwicklung der Waldwarenwirtschaft

Die Rückgewinnung durch Polen des freien Zutritts zur Ostsee im Jahre 1466 ist als ein Wendepunkt in der Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Landes anzusehen. Bis zu diesem Zeitpunkt war der Warenexport, darunter auch der Waldprodukte, auf der Weichsel nach Gdańsk im allgemeinen nicht groß und nicht regelmäßig, u.a. wegen den Schwierigkeiten, die von dem Ritterorden gemacht wurden.

Erst gegen das Ende des XV. Jh. und vor allem in der ersten Hälfte des

XVI.Jh. zeitigte der freie Zutritt zur Ostsee sichtbare Früchte. Zeitlich fiel das mit den beträchtlichen wirtschaftlichen Umwälzungen in Westeuropa als Ergebnis der großen geographischen Entdeckungen zusammen. Sowohl die Überseefahrten als auch der Warenhandel benötigten aus zahlreichen Schiffen bestehende Flotten und verschiedene Speicher- und Hafenanlagen. Es bestand eine nicht geringere Nachfrage nach Kriegsschiffen, da sich die Aufteilung der Welt zwischen den miteinander wetteifernden Staaten Westeuropas hauptsächlich in nie endenden, durch widersprüchliche Handelsgeschäfte hervorgerufenen Kriegen vollzog. Da die Waldbestände dieser Länder in großem Maße, zum Teil noch im Altertum, abgeholzt waren, mußte der Bedarf an Rohstoffen für den Schiffsbau durch den Import gedeckt werden.

Eine große Nachfrage bestand auch nach Produkten, die aus Holz zu gewinnen waren: Teer und Pech, die zur Tränkung des Holzes und zur Abdichtung der Schiffsrümpfe genutzt wurden, und vor allem nach Pottasche, einem Produkt, das aus Holzasche gewonnen wurde und zur Reinigung der Wolle, zum Wäschebleichen, zur Produktion von Glas, Schießpulver und Seife diente.

Westeuropa wurde zu einem sehr aufnahmefähigen Markte für Getreide und verschiedene Waldprodukte und daraus folgte ein ständiger Anstieg der Nachfrage nach diesen Produkten auch auf dem Markt von Gdańsk. Hierin lag für den polnischen Adel der Anlaß zur Schaffung und Vergrößerung solcher Gutshöfe, die vor allem auf Warenproduktion eingestellt waren. Der Zutritt Polens zur Ostsee im Jahre 1466 war daher ein besonders wichtiges und schwerwiegendes Moment. Dank der Vermittlung von Kaufleuten, hauptsächlich aus den Niederlanden, deckten das polnische Getreide und die Waldprodukte den Bedarf Hollands, Englands, Frankreichs und erreichten sogar die Iberische Halbinsel. Dieser Export sicherte Polen den Ruf des „Speichers Europas“.

Der Export der Waldprodukte aus Polen nach dem Westen umfaßte zunächst das Gebiet der Weichsel und ihrer wichtigeren Nebenflüsse. Bis in die siebziger Jahre des XVI.Jh. exportierte Gdańsk durchschnittlich $\frac{3}{4}$ der Warenmasse an Waldprodukten aus den Ostseegebieten. Es bestehen deswegen keine Zweifel, daß als Hauptlieferant dieser Produkte auf dem Markt von Gdańsk das Flußgebiet der Weichsel anzusehen ist.

Seit den siebziger Jahren des XVI.Jh. verlor Gdańsk im Holzhandel des Ostseeraumes nach und nach an Bedeutung. Der Schwerpunkt verlagerte sich — und das ziemlich schnell — nach den Hafenstädten im östlichen Gebiet der Ostsee, zuerst nach Królewiec (Königsberg) und teilweise nach Klaipėda (Memel) und gegen das Jahrhundertende nach Ryga (Riga). Die polnisch-litauische Union vom Jahr 1569 beschleunigte diesen Prozeß. Es ergibt sich also, daß bereits in der 2. Hälfte des XVI.Jh. das Weichselgebiet sehr stark abgeholzt war. Im XVIII.Jh. verbesserten sich durch den Bau der

Kanäle: Augustowski, Królewski, Ogińskiego die Schiffsverkehrsverhältnisse in den östlichen Gebieten in der Ostsee-Richtung. Diese Investitionen waren sehr günstig für die Großgrundbesitzer im Osten, die über enorme Möglichkeiten in der forst- und landwirtschaftlichen Produktion für das Ausland verfügten.

Die Zeit der Fronwirtschaft (XVI. - XVIII.Jh.) zeichnete sich — wie schon früher betont — durch eine gewaltige Verminderung der Waldflächen aus. Als eine der Hauptursachen der Entwaldung ist die Unterschätzung des Wertes der Waldbestände anzusehen, die sich noch aus der Zeitspanne der freien Exploitation und der Besiedlung „auf grüner Wurzel“ erhielt. Diese Unterschätzung war das Ergebnis einer allgemein geltenden Überzeugung, die Entwicklungsgrundlage einer Gutswirtschaft und zugleich die „Hauptquelle der Einkommen der Gutsherren seien die Landwirtschaft und der Getreideexport. Den Wald behandelte man daher als einen „Zusatz“ zur Landwirtschaft, der den Bodenbedarf des Hofes zu decken hatte. Wohl erschienen seit Mitte des XVI.Jh. Verordnungen, die die Bevölkerung in der Waldnutzung einschränkten, man organisierte ebenfalls eine Waldwacht, man sicherte jedoch dadurch nur die Interessen des Feudalherrn. Im allgemeinen wies die Waldwirtschaft der behandelten Zeitspanne einen Mangel an Sorge um den Zustand der Waldflächen und deren Erhaltung für die künftigen Generationen auf. Die ganze Tätigkeit ließ sich auf die Exploitation der Waldbestände zurückführen, ohne daß man um ihre Erneuerung und die Nachhaltigkeit der Nutzung sorgte. Der Holzeinschlag wurde nicht planmäßig durchgeführt, sondern man wählte die wertvollsten Bäume aus dem ganzen Waldbestand. Sogar zur Gewinnung von Asche und Teer verwendete man den besten Rohstoff. Es bestanden selbstverständlich in manchen Gebieten des Landes, vor allem in den litauisch-russischen und im Gebirge, noch riesige Waldbestände, die auf Grund einer schwachen Bevölkerungsdichte oder der Transportschwierigkeiten nicht intensiv exploitiert werden konnten.

Bereits im XVIII.Jh. gab es sehr viele Landgüter, die Mangel an Holz verspürten, vor allem in den ethnisch polnischen Gebieten. Es war nicht so sehr das Ergebnis der Verwandlung von Waldflächen in eine andere Art der Nutzung (z.B. in Ackerboden), was seine ökonomische Begründung hätte, sondern einer unerhörten Devastierung der Waldbestände, die durch eine unregelmäßige Exploitation verursacht war. Obgleich ihre Grundfläche dieselbe geblieben war, waren es nur noch dem Namen nach Wälder.

Gegen das Ende der behandelten Zeitspanne ließen sich immer öfter Stimmen vernehmen, die zu einer größeren Sorge um den Stand der Wälder aufriefen und auf die Notwendigkeit ihrer Bewirtschaftung und Erneuerung hinwiesen. Unter anderen ist hier die Verordnung (uniwersał) des Königs Stanisław August Poniatowski von 1778 und der Sejmbeschluß von 1789 zu

erwähnen. Über andere Anordnungen und Bestimmungen aus dieser Zeit, die aber bereits die Organisation der Forstwirtschaft betreffen, wird im weiteren die Rede sein.

DIE ZEIT DES KAPITALISMUS

In dem Umwandlungsprozeß, der auf polnischem Boden um die Wende des XVIII. und XIX.Jh. stattfand, ist die Entstehung der Forstwirtschaft im heutigen Sinne des Wortes zu verstehen. Trotzdem nicht sogleich irgendwelche grundsätzliche Wandlungen in der damaligen Forstpraxis vollzogen wurden, so führten doch neue Organisationsformen, nach dem Beispiel des Auslands, zu Aussonderung der Wälder aus dem Rahmen der Landwirtschaft und zur Bildung selbständiger Forstwirtschaft mit eigener Struktur und anderen Wirtschaftsaufgaben. Das Auftauchen der ersten Umwandlungen ist als die Grenze zwischen der feudalen Waldnutzung und der nächsten Epoche anzusehen, in der sich die Forstwirtschaft entwickelte und verallgemeinerte. In Polen war es die Zeit seiner Teilungen, zeitlich fällt diese Epoche mit der Entstehung der kapitalistischen Verhältnisse zusammen.

In der Geschichte des Forstwesens kann man in der Zeit des Kapitalismus drei Zeitstufen feststellen: die erste bis Mitte des XIX.Jh., die zweite — von der Mitte des XIX.Jh. bis Ende des 1. Weltkrieges, als in der Forstwirtschaft im Kapitalismus noch freie Konkurrenz herrschte und später, als die Monopole eingeführt wurden; die dritte — die Geschichte des Forstwesens in der Zeit zwischen den Weltkriegen betreffend.

Diese Einteilung kann man auch in Hinsicht auf die Geschichte des Forstwesens in Europa beziehen, nur mit dem Unterschied, daß in den westlichen Ländern die Umwandlungen früher stattgefunden haben und je weiter ostwärts umso später sind sie in Erscheinung getreten. Es ist noch hinzuzufügen, daß je näher unseren Zeiten, desto kleiner war der Zeitunterschied zwischen dem Erscheinen gleicher Entwicklungsstadien im Forstwesen im Westen und im Osten. Wenn im Feudalismus das Aufkommen der entsprechenden Organisationsform in der Forstwirtschaft Mitteleuropas manchmal sogar einige Jahrhunderte von seiner Ersterscheinung im Westen Europas trennten, so betrug ein solcher Unterschied an der Wende des Feudalismus und des Kapitalismus nur noch einige Jahrzehnte. Im Laufe des XIX.Jh. kam ein allgemeiner Ausgleich der Verspätungen zustande. Die Beschleunigung dieses Prozesses im internationalen Maßstab wurde zweifellos durch die Entwicklung kapitalistischer Zustände in dem Forstwesen und in anderen Wirtschaftszweigen beeinflußt.

1. Anfänge der Forstwirtschaft in Polen

Wie bereits betont wurde, stellten die Wälder in Polen, in der Zeit des Feudalismus, kein abgesondertes Produktionsobjekt dar, sogar dann nicht, wenn ihre Fläche groß war. Der Prozeß einer allmählichen Aussonderung

des Forstwesens aus der feudalen Organisationsstruktur begann erst in den Anfängen des Kapitalismus. In den siebziger-achtziger Jahren des XVIII.Jh., also beinahe gleichzeitig mit dem Aufkommen der ersten Ansätze einer neuen Formation in der feudalen Wirtschaft, beginnt sich die Waldwirtschaft im Sinne eines abgesonderten Wirtschaftszweiges herauszubilden. Dieses beruhte auf der Trennung der Wälder von der Ackerfläche, ihrer Messung, Einteilung in Förstereien und andere kleinere Einheiten, auf der Bearbeitung, periodischer Wirtschaftspläne, auf der Exploitation der Waldgebiete nach einem bestimmten System, das eine nachhaltige Nutzung der Wälder sichern sollte, schließlich auf der Besetzung der leitenden Posten in der Verwaltung mit Fachleuten. Aus der Zeit zwischen der ersten und dritten Teilung Polens kann man mindestens über zehn Beispiele der Organisierung der Forstwirtschaft nennen (in der Mehrzahl in königlichen Gütern), davon waren einige auf sehr hohem Niveau. Zu solchen Landgütern sind vor allem die Güter Zamość von A. Zamoyski, die Güter der Familie Radziwiłł im Gebiet um Wilno, das Gut Grodno, die Güter Kock und Siemiatycze von Jabłonowska im Gebiet um Lublin, das Gut Koźnice um Kielce, die Güter des Erzbistums und des Domkapitels Gniezno, die Güter Poręba Wielka der Familie Wodzicki um Nowy Targ und das Gebiet um Żywiec zu nennen. Da die damals eingeführten Veränderungen in der Organisation des Forstwesens unter dem Einfluß des Kapitalismus zustande kamen, ist die Entstehung der Forstwirtschaft als eines der wichtigen Bestandteile der sich in Polen herausbildenden kapitalistischen Zustände anzusehen.

Die weitere Entwicklung des Forstwesens in Polen fand schon unter dem Einfluß der Gesetzgebung und der Wirtschaftspolitik der Teilungsmächte statt. Im österreichischen und preußischen Teilungsgebiete erfolgte — nach einer kurzfristigen, für die Entwicklung des Forstwesens günstigen Zeitspanne, nämlich am Ende des XVIII. und am Anfang des XIX.Jh., als die Regierungen beider Staaten an einer Hebung des Wirtschaftsniveaus in den Staatswäldern interessiert waren — um die Wende des 1. und 2. Jahrzehnts des XIX.Jh. eine plötzliche Hinwendung zum wirtschaftlichen Liberalismus. Die unmittelbare Ursache dessen lag in den Mißerfolgen Preußens und Österreichs im Krieg gegen Napoleon (Jena, Austerlitz). Die Kriegskosten und vor allem die hohe Kontribution an Frankreich ließen die Regierungen beider Staaten Erlässe zum Verkauf von Staatsgütern ergehen: in Preußen im Jahre 1808, in Österreich im Jahre 1811. Wenn aber in Preußen und auf dem Gebiet unter preußischer Annexion der Verkauf von Gütern und Wäldern der Regierung im größeren Ausmaß bis in die dreißiger Jahre fort dauerte, jedoch nach 1850 ganz und gar aufgegeben wurde, so nahm der Ausverkauf der Güter und Wälder unter österreichischer Annexion bis zur Zeit der Konstitution (bis 1869) an Intensität zu. Bis zu dieser Zeit verkaufte die Wiener Regierung auf dem Gebiete Galiziens mindestens zwei Drittel der ehemaligen

königlichen Güter und Tafelgüter und der zugunsten der Kammer übernommenen Landgüter. Die Waldflächen, die im Besitz der Regierung standen, verminderten sich ungefähr um die Hälfte.

Einzig im Königreich Polen erlitt die staatliche Forstwirtschaft — bis ins Ende der sechziger Jahre des XIX.Jh. — keine größeren Verluste, hauptsächlich dank der Schutzzollpolitik des Königreiches den Waldungen gegenüber. Die Situation änderte sich ungünstig erst nach dem Januaraufstand (1863).

Die sich seit dem Ende des XVIII.Jh. formende Forstwirtschaft in Polen war nicht sofort selbständig. Sie blieb weiterhin, und das noch sehr lange, im Dienste der Landwirtschaft und der Hofindustrie oder gar, wie es in dem Kohlenbecken Zagłębie Staropolskie der Fall war, im Dienste der Bergbau- und der Hüttenindustrie. Der Prozeß einer allmählichen Befreiung der Forstwirtschaft von dieser Abhängigkeit war sehr langsam, hatte verschiedene Übergangsstadien durchzumachen. Fortschrittliche und rückschrittliche Tendenzen und ihre gegenseitige Beeinflussung begleiteten ihn ständig. Diese Auseinandersetzungen fanden ein Ende erst zur Zeit der Agrarreform — in den Gütern der Regierung (*dobra rządowe*) etwas früher — als Folge der etappenweise durchgeführten Auferlegung von Zinsen auf die Dörfer.

In der ersten Hälfte des XIX.Jh. war die Forstwirtschaft noch am besten in den Gütern der Regierung von Kongreßpolen organisiert. In den Jahren 1820 - 1825 wurden dort die Wälder zum ersten Mal in Förstereien und kleinere Wirtschaftseinheiten eingeteilt. Zugleich bearbeitete man für jede Försterei einen generellen Wirtschaftsplan für eine 120jährige Zeitspanne (Pläne der Holzschläge und Walderneuerungsarbeiten), und für die Waldfläche, die in den ersten 30 Jahren genutzt werden sollte, einen Betriebsplan, was eine möglichst nachhaltige Nutzung des Waldes sicherte. Im Jahre 1827 begann man mit der Einrichtung der zum Bergbau gehörenden Wälder im Kohlenbecken Zagłębie Staropolskie, die bis zu dieser Zeit — ähnlich wie die im Rahmen der Frondienste zur unentgeltlichen Arbeit verpflichteten 250 Dörfer — dem Regierungsbergbau „zugeschrieben“ waren.

Der Novemberaufstand (1830) und noch mehr die später im breiten Ausmaß durchgeführte Verteilung von Gütern und Wäldern der Regierung (*lasy rządowe*), sowie die Übernahme der konfiszierten Privatgüter, führten zur völligen Vernichtung der bisher durchgeführten Einrichtungsarbeiten (verändert wurde die Größe der Förstereien). Die Wirtschaft in den Regierungswäldern mußte von neuem organisiert werden. Eine neue Anweisung, die die Grundsätze zur Einrichtung der Wälder gab, erschien im Jahre 1839.

Das hohe Forstwirtschaftsniveau in den Regierungsgütern Kongreßpolens — das höchste im Vergleich mit den beiden übrigen Teilungsgebieten — war der ziemlich zahlreichen Kader der Förster zu verdanken, die in der an der Warschauer Universität im Jahre 1818 gegründeten Sonderforstschule

(Szkola Szczególna Leśnictwa) ausgebildet wurden. Leider wurde bereits im Jahre 1832 diese Schule geschlossen. Eine nicht unwesentliche Rolle in der Verallgemeinerung der fortschrittlichen Theorie und Forstpraxis übte die erste polnische Forstzeitschrift „Sylwan“ aus, die seit 1820 in allen in Kongreßpolen herausgegeben wurde.

Der Holzeinschlag in den staatlichen Wäldern auf polnischem Boden war bis Mitte des XIX. Jh. nicht allzu groß gewesen. Nur in der Nachbarschaft der flößbaren Flüsse und größeren Städte, bzw. der Industrieanlagen, wurden die Wälder intensiver exploitiert. Verhängnisvoll wurde dagegen der Holzeinschlag in den Privatwäldern. Von dem niedrigen Niveau der damaligen Forstwirtschaft zeugt u. a. die Tatsache, daß z. B. im Königreich Polen um die Mitte des XIX. Jh. im Landesverbrauch an Holz der Prozentsatz des Brennholzes bis 90% betrug. In dieser Situation war eine Einrichtung der Waldflächen in manchen Gebieten des Landes manchmal unnötig oder überhaupt unmöglich. Die Situation sah noch am besten in Preußen und in dem von Preußen annektierten Teil Polens aus, wo die Möglichkeit des Holzabsatzes sehr groß war, demnach günstige Verhältnisse zur Verbesserung der Wirtschaftsmethoden bestanden.

Folgende Daten sind für den Abschluß des Bildungsprozesses der Forstwirtschaft auf polnischem Boden anzunehmen: für das preußische Teilungsgebiet — das Jahr 1850 (das Gesetz über die Einlösung der Servitute, Einstellung des Verkaufs von Regierungsgütern und -Wäldern); für das Königreich Polen — das Jahr 1869 (Übernahme der staatlichen Wälder Kongreßpolens durch das Finanzministerium in Petersburg, im Zusammenhang mit der Liquidierung im Jahre 1867 der polnischen Zentralbehörden, darunter auch der leitenden Behörden für die Forstwirtschaft); für das österreichische Teilungsgebiet — das Jahr 1869 (als Galizien die Autonomie erlangte, was die Einstellung eines weiteren Verkaufs der Güter und Regierungswälder zur Folge hatte).

2. Die Entwicklung des Holzmarktes. Entwicklungsbedingungen in der Forstwirtschaft Polens zur Zeit des Kapitalismus der freien Konkurrenz und der Monopole (bis 1918)

Der Anfang der 2. Hälfte des XIX. Jh. wurde auf dem europäischen und dem außereuropäischen Kontinent durch ein beschleunigtes Entwicklungstempo der kapitalistischen Industrie und des Handels gekennzeichnet. Die zweite Jahrhunderthälfte wurde zum Zeitalter der Erfindungen. Von den wichtigsten sind zu nennen: Anwendung der Dampfmaschine in vielen Industriezweigen, u. a. auch in Sägewerken, Entwicklung des Eisenbahnwesens, der Dampfschifffahrt, Erfindung der Methoden der Zellulosegewinnung aus Holz und der Holzpapierherzeugung, in der chemischen Industrie die Erfindung von Ätznatron, welches die Holzasche ausschaltete; und von den neueren Erfolgen, vom Ende des XIX. Jh. — der Verbrennungsmotor und die Elektri-

zität. Damals begann auch das Petroleum seine zukünftige Karriere. Aber die grundsätzliche Umwandlung in der Industrie und sogar breiter — in der ganzen neuzeitlichen Zivilisation — begann mit der Anwendung von Steinkohle im Hüttenwesen.

Die Entwicklung des Kapitalismus im Westen Europas kennzeichnete u.a. ein enormer Holzbedarf. Zu den größten Holzimporteuren in Europa in der 2. Hälfte des XIX. Jh. gehörten: England, Deutschland und Frankreich, dagegen zu den Holzexportländern: Rußland, Schweden, Österreich-Ungarn und — von den Überseeländern — die Vereinigten Staaten Amerikas. Aus den Notierungen der Holzpreise auf den europäischen Märkten geht hervor, daß eine bis dahin nicht dagewesene Holzausfuhr aus den oben erwähnten Ländern (aus anderen ebenfalls) in den sechziger Jahren des XIX. Jh. erfolgte. Im Verlauf der Jahrhunderte — von der ältesten Zeit bis in die Gegenwart — kann die 2. Hälfte des XIX. Jh. und genauer, die sechziger — siebziger Jahre, sozusagen als ein Grenzpfahl angesehen werden, der den Feudalismus mit seinen Anachronismen aus der Zeit des frühen Kapitalismus von der nächsten Epoche trennt, die ununterbrochen bis in die Gegenwart fort dauert und sich mit einem dringenden und ständigen Wachsen der Bedeutung und des Bedarfs nach Holz charakterisiert.

Für die Forstwirtschaft bedeutete dieses neue Umstände, da es nämlich eine massenhafte Exploitation und den Raubbau der Wälder begünstigte. Gerade seit den siebziger Jahren des XIX. Jh. wuchs der Holzumsatz in Europa in einem schwindelnden Tempo. Der Bedarf der sich entwickelnden Fabrikindustrie, vor allem in Deutschland, besonders nach dem französisch-preußischen Krieg, und in einem etwas kleineren Umfang in England, wurde immer größer.

Für die Länder, die reich an Waldungen und wenig industrialisiert waren, öffneten sich nun große Holzexportaussichten. Bis in die neunziger Jahre des XIX. Jh. war Schweden der größte Holzexporteur, darnach rückte Österreich-Ungarn in den Vordergrund und am Anfang dieses Jahrhunderts — Rußland. Nach den Angaben von 1910 fiel von der ganzen Holzmenge, die nach Deutschland exportiert wurde: 54% auf Rußland, 29% auf Österreich-Ungarn, 7% auf die skandinavischen Länder, 5% auf die Vereinigten Staaten Amerikas, 5% auf die übrigen Länder.

Die obenangeführten Zahlen weisen genügend darauf hin, daß für Polen in der Zeit der Annexion das wichtigste und eigentlich beinahe das einzige Absatzgebiet der deutsche Markt war. Dieses war sowohl durch Polens geographische Lage und die Wasserwege, auf denen der Holztrift stattfand, bedingt, als auch noch dadurch, daß es keinen eigenen selbständigen Staat besaß. Es ist zu erwähnen, daß Preußen sehr bald nach der ersten Teilung Polens (1772) mit dem Bau des Kanals bei Bydgoszcz begann, um auf diesem Wege den polnischen Export (u.a. Holz) nach Deutschland zu befördern. Schon

nach zwei Jahren (1774) wurde der Kanal (Kanał Bydgoski) in Betrieb genommen. Sogar noch in der zweiten Hälfte des XIX. Jh. kamen andere Märkte, die weiter entfernt waren, trotz der Entwicklung des Eisenbahnwesens auf Grund der hohen Frachtgebühren kaum in Frage. Außerdem wurde damals der ganze Großumsatz mit Holz vom fremden Kapital, vor allem dem deutschen, beherrscht. Wenn man noch dazu erwähnt, daß Rußland und Österreich ungünstige Handelsverträge mit Deutschland geschlossen haben (1865, 1885, 1904), wird es klar, daß der Hauptabnehmer des polnischen Holzes sowohl aus dem Königreich Polen als auch aus Galizien, das Deutsche Reich war.

Die Hauptzufuhr des Holzrohstoffes aus dem Königreich Polen nach Deutschland begann im großen Maßstab erst nach dem Januaraufstand (1863 - 1864). Dieses hing mit dem Übergang der Landgüter der Regierung unter die russische Verwaltung zusammen, was zugleich in Königreich Polen einem wirtschaftlichen Liberalismus, ebenfalls im Bereich dieser Eigentumsgruppe, den Anfang gab. Seinen Ausdruck fand es in einem massenhaften Ausverkauf der staatlichen Wälder, ihrer Verpachtung an kapitalistische Gesellschaften, an Handelsunternehmer zwecks Exploitation, in Bildung von Majoratsgütern (Schenkungen) in einem weit größeren Ausmaß als nach dem Novemberaufstand usw. Am Ende des XIX. Jh. kam beinahe die Hälfte des ganzen damaligen Holzimports ins Deutsche Reich aus dem Litauer Land am Niemen-Fluß (Memel) und aus dem Königreich Polen. Nach den Angaben aus den Jahren 1905 - 1907 fielen von der Gesamtmenge des Holzimports aus dem Kaiserreich Rußland nach Deutschland, auf den Transport auf der Memel — 44,6% zu, auf der Weichsel — 30,6%, während der Transport auf der Warthe nur 0,3% betrug. Von dieser Gesamtmenge wurden nur 6,5% mit der Eisenbahn und auf Landwegen importiert, der Rest wurde gefloßt bzw. auf dem Seeweg geliefert.

Im Zusammenhang mit der Entwicklung neuer Industriezweige in Deutschland und im Westen Europas verminderte sich die Bedeutung traditioneller Kategorien der Holzprodukte, wie Masten, verschiedene Arten des Schiffsholzes u. dgl. Neue Sortimenten kamen dagegen auf, wie das Grubenholz, Schwellen, Papierholz und später — das Furnier- und Sperrholz usw. Außer Gebrauch kam ebenfalls die traditionelle Pottasche, deren Produktion viele Jahrhunderte lang enorme Verwüstung unserer Wälder verursacht hatte. Das gleiche ist hinsichtlich des Holzkohlebrennens, der Teer- und Pechsiederei und der Gewinnung von Terpentin zu sagen.

Um so große Holzmengen aufnehmen zu können, bauten die Deutschen im Jahre 1879 an der Mündung der Brahe (Brda) in die Weichsel einen speziellen Hafen, einen anderen dann noch im Jahre 1909 in Toruń. Außerdem konnten dank der Verbesserung der Schifffahrt auf dem Bromberger Kanal und durch die Verbindung der Oder mittels eines Kanals mit der Spree,

die Holzprodukte aus dem Königreich Polen und Galizien auf dem Wasserweg nach dem Inneren des Reiches und sogar bis nach Hamburg befördert werden.

Die Leichtigkeit, mit der im Grunde genommen jede Holzmenge verkauft werden konnte, trug zu einer sehr großen Entwaldung in Polen bei, vornehmlich in Kongreßpolen und in Galizien. Das war auch die Ursache dafür, daß in diesen beiden Gebieten die Holzindustrie sich nicht bedeutender entfalten konnte. Im Königreich Polen verminderte sich binnen sechzig Jahren (1850 - 1910) die gesamte Waldfläche beinahe um ein Drittel. Durchschnittlich betrug der Verlust also etwa 20 000 ha jährlich. Es gab viele Ursachen für die Abholzung und Devastierung der Wälder. Neben den bereits oben genannten (Übergang der Landgüter und Wälder der Regierung unter russische Verwaltung, ihr massenhafter Ausverkauf in den Jahren 1873 - 1882, Majoratsgüter, unüberlegte Abholzung) sind noch folgende zu erwähnen: Waldservitute, Diebstähle im Wald (etwa 75% aller Waldfrevel), Besetzung der Posten in der örtlichen Verwaltung mit Russen. Eine neue Einrichtung der Wälder im Königreich Polen — was angesichts der stattgefundenen Veränderungen besonders nötig war — erfolgte erst um die Wende des XIX. und XX. Jh. Der Stand der Wälder sah im Zusammenhang damit fast überall katastrophal aus. Zum Beispiel in den Majoratswäldern, die einer staatlichen Aufsicht unterlagen, wurden manchmal die Bäume, die den Holzvorrat bildeten, der plangemäß im Laufe von dreißig Jahren ausgenutzt werden sollte, binnen eines Jahres abgeholzt. Die Fehler und Unzulänglichkeiten der Wirtschaft in staatlichen und unter staatlicher Aufsicht stehenden Wäldern waren zum großen Teil Ergebnis des zu geringen Interesses seitens der Zentralbehörden in Petersburg und einer zu großen Zentralisierung und Bürokratisierung der Verwaltungsformen.

Der Verkauf von Gütern und Wäldern der Regierung wurde in Galizien Ende der sechziger Jahre eingestellt. Wie bereits oben angedeutet wurde, hing dieses mit der Anerkennung der Autonomie für diese Provinz zusammen, ferner mit der Bildung eines Sonderressorts zur Verwaltung des staatlichen Bodenbesitzes. Im Jahre 1873 hat man mit den Forsteinrichtungsarbeiten in den staatlichen Wäldern begonnen, doch bis zum Jahre 1910 sind sie nur in 58% durchgeführt worden. In manchen Regionen, besonders im Karpathengebiet, verhinderten noch die Transportschwierigkeiten (die Holzausfuhr war praktisch unmöglich) eine rationelle Forstwirtschaft. Die Staatsgüter und -Wälder-Direktion in Lwów hatte übrigens keinen größeren Einfluß auf die Art und das Ausmaß der Nutzung staatlicher Wälder, da die Entscheidungen über den Holzverkauf meistens in Wien fielen und der Holzeinschlag fremden Firmen anvertraut wurde. Diese exportierten das beste Rohmaterial ins Ausland und verkauften den Rest im Großhandel an die Kaufleute, die den inneren Markt versorgten.

Wenn in den staatlichen Wäldern Galiziens allmählich ein Fortschritt

notiert werden konnte und ihre Fläche sich dank dem Rückkauf einiger früher verkauften Komplexe vergrößerte, so erfolgte in den Privatwäldern das Gegenteil. Gerade seit den sechziger Jahren desselben Jahrhunderts ließ sich ein enormer Anstieg des Waldverkaufs bzw. ihrer Verpachtung für eine langjährige Exploitation beobachten. Dieser Stand dauerte (mit verschiedener Intensität) bis zum Ausbruch des I. Weltkrieges an. Es ist selbstverständlich, daß eine neuzeitliche Forstwirtschaft dadurch nicht begünstigt werden konnte. Kaum ein Drittel der privaten Wälder konnte bis zum Ende des XIX. Jh. eingerichtet werden und nur ein geringer Prozentsatz konnte eine fortschrittliche Wirtschaft aufweisen (z.B. die Güter um Żywiec). Besonders verheerend wirkte sich die Devastierung und Abholzung der Wälder in den Karpathen aus, in deren Folge beinahe alljährlich die Gegenden am Fuße der Karpathen überflutet wurden. Bereits in den achtziger Jahren mußte man in Zusammenhang damit einige Flüsse regulieren und die Gebirgsbäche mit Staumauern versehen.

Die Forstwirtschaft in den staatlichen Gütern unter der Annexion Preußens war noch am besten von allen Teilungsgebieten Polens organisiert. Die Wälder wurden dort nach den gleichen Grundsätzen und Methoden wie in den kernpreußischen Provinzen eingerichtet. Gewisse Verspätungen und Vernachlässigungen ergaben sich hauptsächlich daraus, daß in diese Gebiete, die als weniger attraktiv galten, ungern höher qualifizierte deutsche Förster kamen. Es ist noch zu betonen, daß polnische Förster in der staatlichen Forstverwaltung nicht angestellt wurden.

Eine wesentliche Besserung der Situation in den staatlichen Wäldern des preußischen Teilungsgebietes brachten um die Mitte des XIX. Jh. die Einstellung des Rechts der Staatsgüter zur unentgeltlichen Versorgung in Holz und der Erlaß über die Einschränkung der von Servituten stammenden Berechtigungen.

Die Privatwälder in dem behandelten Teilungsgebiet müssen in zwei grundsätzlichen Klassen von Eigentümern behandelt werden. Wälder, die sich in Händen der deutschen Großgrundbesitzer und Kolonisten befanden, wurden im allgemeinen besser bewirtschaftet als diejenigen, deren Besitzer kein Interesse an der fortschrittlichen Forstwirtschaft hatten. Dieses war im gewissen Grad ein Verdienst der Angestellten in den staatlichen Wäldern, die verpflichtet waren, den Eigentümern deutscher Nationalität technische Hilfe zu leisten. In der ganzen behandelten Zeitspanne war in diesem Teilungsgebiet ein ständiger Anstieg des deutschen Privatwaldbesitzes sichtbar. Dieses war mit der antipolnischen Politik der preußischen Regierung verbunden. Kurz vor dem I. Weltkrieg gehörte über 65% der gesamten privaten Waldfläche zu den deutschen Großgrundbesitzern und Kolonisten. Die Polen hatten große Schwierigkeiten in der Wirtschaftsführung ihrer Wälder auf hohem Niveau, da es in diesem Teilungsgebiet keine entsprechende Forst-

schule gegeben hat, in der polnische Jugend ihre Ausbildung finden könnte.

Der Bewirtschaftungszustand der privaten Wälder sah auch in den übrigen Teilungsgebieten nicht besser aus. In dem Königreich Polen wurde eine private Forstwirtschaft vor allem in solchen Gütern rationell organisiert, die mit Anleihen aus den Banken oder von der Landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaft (*Towarzystwo Kredytowe Ziemskie*) belastet waren, da die Anleihen nur für bewirtschaftete Wälder, die als Pfand galten, gegeben wurden. In Galizien hatte einen gewissen günstigen Einfluß auf den Stand der Privatwälder das Gesetz vom Jahr 1852. Seine Wirksamkeit wurde jedoch durch die Tatsache vermindert, daß die Aufsicht über die Privatwälder nicht an Förster, sondern an Verwaltungsbeamte verliehen wurde.

Zur Verallgemeinerung des Forstwesens und der fortschrittlichen Wirtschaftsgrundsätze in Galizien trugen am Ende des XIX. Jh. die Organisierung des Forstschulwesens, Gründung der Forstgesellschaft (*Towarzystwo Leśne*), Herausgabe der Zeitschrift „*Sylwan*“ und das Publizieren von Fachbüchern bei. Die verheerenden Holzschläge auf dem Gebiete des Königreichs Polen seitens der deutschen Besetzer im ersten Weltkrieg und die unmittelbaren Vernichtungen in der lange Zeit anhaltenden Ostfront verminderten die Produktionskapazität der polnischen Wälder um etwa ein Drittel. Insgesamt machten die Kriegsschäden die astronomische Zahl von einer Milliarde Dollars (im jetzigen Wert) aus, wobei die Verluste im Forstwesen, auf einen Einwohner berechnet, etwa 10% aller Kriegsschäden betrugen. Darin sind nicht die sog. unmeßbaren Verluste mitberechnet worden, wie Vernichtung der wertvollsten Naturdenkmäler, die Ausrottung vieler unter Schutz stehender Faunagattungen, eine allgemeine Schwächung des Gesundheitszustandes der Wälder usw.

3. Bedingungen der Forstwirtschaftsentwicklung in Polen zwischen den Weltkriegen

In der Geschichte des Forstwesens in Polen der Zwischenkriegszeit unterscheidet man zwei Etappen: die erste, bis etwa 1928, in der man die Vereinheitlichung der Verwaltungsformen und der Wirtschaftsmethoden in den staatlichen Wäldern ausarbeitete und die nichtstaatlichen Wälder in Obhut nahm; die zweite, bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges, war durch einen ständigen Anstieg des allgemeinen Forstwirtschaftsniveaus gekennzeichnet.

Nachdem Polen seine Unabhängigkeit wiedererlangt hatte, rückte in den Vordergrund die Angelegenheit der Richtlinien für die Forstwirtschaftspolitik, an die sich die Regierung sowohl den staatlichen als auch den nichtstaatlichen Wäldern gegenüber halten sollte. Nach Beschluß des Sejms 1919 sollte ein zwangsläufiger Aufkauf der Wälder von den Privatbesitzern durchgesetzt werden. Dieser Beschluß wurde jedoch nicht rechtskräftig, hatte aber negative Konsequenzen zur Folge. Die Privatbesitzer holzten nämlich

in Anbetracht eines eventuellen Verlustes ihrer Wälder den besten Rohstoff ab, um ihn übrigens zu sehr niedrigen Preisen zu verkaufen.

Es gab noch andere ungünstige Faktoren am Anfang der obengenannten Zeitspanne: das Gesetz über die sog. Waldspende vom Jahr 1919 und die allgemein zunehmende Exploitation der Wälder, ferner die Konzessionsverträge zur Zeit der Inflation der polnischen Mark. Die „Waldspende“ war eine Steuer für den Landesaufbau in der Höhe von 30% des Wertes von Holz, das während eines Jahres zu gewinnen war. In den durch Servitute belasteten Wäldern wurde die Zeitdauer der Abgabe für 5 Jahre (von 1923/24 - 1927/28) und für die von der Belastung freien Wälder für 10 Jahre (von 1923/24 - 1933/34) vorgesehen.

Zu einer ersichtlichen Verschlechterung der Waldbestände führte auch die durch die Inflation verursachte Schließung von Verträgen für Waldexploitation mit meistens ausländischen Firmen (Konzessionen) — zwecks Devisenerlangung in der Krisenzeit. Wenn dieses aber in den staatlichen Wäldern nur ein Übergangszustand gewesen war, so herrschte er lange in den Privatwäldern. Noch im Jahre 1935 waren in Polen 1519 Firmen tätig, die die verpachteten Wälder exploitierten.

In der Inflationszeit drohte den staatlichen Wäldern eine große Gefahr. Im Juni 1924 erschien die Verordnung des Präsidenten der Republik über die Umgestaltung dieser Wälder aus einem Zweige der Nationalwirtschaft in eine Art kapitalistischen Unternehmens, dessen Hauptziel Gewinnung eines maximalen Einkommens für den Staatsschatz sein sollte. Die Regierung versuchte auf diesem Weg finanzielle Mittel für die vorgesehene Währungsreform zu erlangen. Dank einer allgemeinen organisierten Konteraktion der Förster des ganzen Landes wurde die obengenannte Verordnung bereits im Dezember desselben Jahres zurückgenommen.

Seit 1926 begann in den staatlichen Wäldern ein Prozeß der Verdrängung des Privatkapitals durch das Staatskapital, die Waldgüter wurden verkoppelt, die Wälder industrialisiert und ein eigenes Holzhandelsunternehmen organisiert. Im Jahre 1936 erschien die Verordnung des Präsidenten der Republik über die staatliche Forstwirtschaft. Es war eines der damals fortschrittlichsten Forstgesetze in Europa, das auch nach dem II. Weltkrieg an seiner Aktualität nichts einbüßte und in Volkspolen bis 1949 galt.

Was die Waldfläche anbetrifft, so waren die staatlichen Wälder am Anfang der behandelten Zeitspanne nur in zwei Woiwodschaften den übrigen Klassen der Eigentümer überlegen; nämlich in den Woiwodschaften Pomorze (80%) und Podlasie (75%). Seit 1937 schloß zu ihnen die Woiwodschaft von Poznań an. Der größte Prozentsatz an privaten Wäldern dagegen fiel den südlichen (78,3%) und den östlichen (71%) Woiwodschaften zu.

Im Jahre 1923 gab es im ganzen Lande 6,1 Mill. ha nichtstaatlicher Wälder. Nach Flächengröße fielen 69,3% auf die Forstbesitzer von über 500 ha, 7,3%

von 100 - 500 ha, 1,1% von 50 - 100 ha und 22,3% weniger als 50 ha zu. Es ist also daraus ersichtlich, daß zwei Klassen der Eigentümer: der Großgrundbesitzer und der Bauern, in der überwiegenden Mehrheit waren.

Ein derartiges System der Eigentumsverhältnisse mußte sich negativ auf die Gesamtentwicklung der Forstwirtschaft in Polen auswirken. Am Anfang der zwanziger Jahre wurden die privaten Wälder unter staatliche Aufsicht genommen, aber der Entwaldungsprozeß wurde gerade in dieser Eigentumsgruppe weiter geübt. In den Jahren 1919 - 1937 verminderten sich infolge der Güterparzellierung, dem Aufkauf der Servitute und der Verkoppelung der Grundstücke die staatlichen Waldflächen um 58 500 ha, in den nichtstaatlichen Wäldern der mittleren und Großgrundbesitzergruppe verminderte sich dagegen die Waldfläche sogar um 826 300 ha. Der Anteil des Kleinbesitzes wurde wegen Fehlens betreffender Daten nicht miteinbezogen. Die Gesamtbilanz der Entwaldung in Polen zwischen den Weltkriegen (abgerechnet davon die Bewaldung von früheren Ackerflächen und von Brachland) betrug etwa 668 000 ha, also jährlich etwa 33 500 ha. Das war mehr als vorher in der Zeit der höchsten Steigerung des Waldverkaufs und des verwüstenden Holzschlags im Königreich Polen.

Die Waldflächenverkleinerung fand vor allem auf Kosten der Privatwälder statt. Im Jahr 1927 wurde zwar ein Gesetz über die Bewirtschaftung der nichtstaatlichen Wälder herausgegeben, doch es beugte einer weiteren Verminderung ihrer Fläche nicht vor. Es ließ nämlich die Ausscheidung aus der Waldfläche eines Äquivalents an Stelle der Servitute (41,7% der Gesamtabnahme) und die Parzellierung ehemaliger Waldflächen (42,8%) zu. Es ist erwähnenswert, daß die Verluste im privaten Waldbesitz in den Jahren 1922 - 28 durchschnittlich 63 000 ha jährlich betrugen.

Die Bewirtschaftung der Privatwälder verlief unter diesen Bedingungen sehr langsam: Ende 1924 waren nur 47% ihrer Gesamtfläche zweckmäßig bewirtschaftet, bis 1933 wuchs dieser Prozentsatz bis 60% an. Die Bauernwälder befanden sich praktisch außerhalb der Wirksamkeit des Gesetzes über den Waldschutz.

Die Situation in den staatlichen Wäldern war dagegen sehr günstig. Ihre Fläche vergrößerte sich systematisch. Am ungünstigsten war die Anfangsetappe nach der Wiederbefreiung (1920 - 1923), in der sich das Areal der staatlichen Wälder um 315 500 ha verminderte. In den nächsten dreizehn Jahren (1924 - 1937) betrugen die Verluste 176 900 ha, jedes Jahr also über 6mal weniger. Da gleichzeitig ein Aufkauf von Waldflächen, ihr Austausch gegen Ackerboden, Bewaldung des Brachlandes u.dgl. stattfand, wuchs der Anteil der staatlichen Waldfläche von 31,9% der Waldfläche des ganzen Landes im Jahre 1923 bis 38,7% im Jahre 1937.

Trotz dieser Erfolge wurde in dem ganzen Zeitraum zwischen den beiden Weltkriegen die dem Holzeinschlag zugelassene Grenze um etwa 60%

überschritten. Dies fand vor allem auf dem Gebiet der privaten Wälder statt, was zur Zusammenschrumpfung ihrer Fläche führte. Am Ende der behandelten Zeitspanne betrugen die Verluste etwa 10% im Vergleich mit dem Stand vom Jahr 1923. Trotz zweifelloser Erfolge in der Bewirtschaftung der Waldgebiete fand also zugleich ein gegensätzlicher Prozeß statt. Das Kleinerwerden der Waldfläche trug zur Verminderung des Holzgesamtvorrats und des Zuwachses der Waldbestände bei.

Das zweite Jahrzehnt der Zwischenkriegsjahre kennzeichnete eine allgemeine Verbesserung des Standes der staatlichen und nichtstaatlichen Wälder, auch der Grundsätze ihrer Nutzung. Einen gewissen Mangel in der Forstwirtschaft der behandelten Zeitspanne stellte die schwache Industrialisierung der Wälder dar. Zwar war auf diesem Gebiet im zweiten Jahrzehnt ein ersichtlicher Fortschritt zu notieren, der jedoch durch den übergroßen Anteil des fremden Kapitals gehemmt wurde. Im Jahre 1936 betrug der Anteil des fremden Kapitals in den Gesellschaften mit unbeschränkter Haftung 52,1% und in denen mit beschränkter Haftung 55,2%.

In den ersten Nachkriegsjahren galt Deutschland als größter Absatzmarkt für polnisches Holz. Im Jahre 1925 wurde deutscherseits ein sehr hoher Einfuhrzoll auf Schnittholz auferlegt, bei völlig freiem Empfang des Rundholzes. Der sog. Zollkrieg dauerte mit einigen Pausen beinahe bis zum Ende dieser Zeitspanne. Die Verwaltung der staatlichen Wälder sah sich also gezwungen, andere Absatzmärkte zu suchen. Zum Hauptabnehmer des polnischen Schnittholzes wurde England, in kleinerem Ausmaß Belgien, Holland und Frankreich.

Die Holzausfuhr aus Polen hatte während des zwanzigjährigen Zeitabschnitts zwischen den Kriegen den Charakter des Rohmaterialexports, weil über die Hälfte seiner Masse in Rundholz bestand.

Übersetzt von
K. TOBY-TERESZYŃSKA